

Workshop HiStory - Everyday life in the Middle Ages

Auszüge aus dem Standardlexikon zur Schweizerischen Geschichtsschreibung

Das Standardlexikon zur Schweizerischen Geschichtsschreibung findet sich nicht nur im Büchergestell, sondern auch im Internet: <http://www.hls-dhs-dss.ch/index.php>. Alle Artikel sind in den drei Landessprachen abrufbar. Am Ende von jedem Artikel finden Sie weiterführende wissenschaftliche Literatur zum Thema.

Hallwyl [Hallwil], von

Ursprünglich freie, ab dem 13. Jh. dann ministerialische Fam., die den Namen ihrer Stammburg H. führte und ab dem 15. Jh. grossteils im Elsass, in Süddeutschland sowie in Österreich ansässig war. Ausgehend vom Besitz im See- und Bünztal, samt der hohen Gerichtsbarkeit über den Hallwilersee, konnte Johann I. (-> 14) einen starken wirtschaftl. Aufschwung bewerkstelligen und erwarb weitere Besitzrechte wie die Twingherrschaften Boswil, Wildegg und Eggliswil. Seine vier Söhne begründeten zum Teil eigene Linien, von denen aber um 1480 nur noch eine einzige bestand. 1369 hatten sie einen Stammgutsvertrag abgeschlossen, wonach die Burg H. beim Mannesstamm verbleiben musste.

Nach dem Aussterben der Kyburger wurden die H. Ministerialen der Habsburger: Mehrere Familienmitglieder hatten Ämter von diesen inne, so Johann I., Tüding II. (-> 16) sowie Tüding III., der 1464-68 die Landvogtei im Elsass besass. Diese Beziehung brachte den H. aber auch Verluste: In der Schlacht von Sempach fielen drei Vertreter und bei der Eroberung des Aargaus 1415 leisteten sie fast als Einzige Widerstand, weshalb die beiden Wartburgen und die Burg H. niedergebrannt wurden. In der Folge mussten sie mit Bern und Solothurn ein Burgrecht abschliessen. Der im Elsass begüterte Tüding'sche Familienzweig vermied eine Bindung an Bern, stand weiterhin im Dienst der Habsburger (Tüding II.) und zog auch Nachkommen des Rudolf'schen Zweigs auf diese Seite. Zu einer Annäherung an die Eidgenossenschaft kam es erst mit der Verpfändung der habsburg. Vorlande an Burgund.

Nach 1415 hatten die H. Mühe, ihren Besitz ausserhalb des bern. Aargaus zu behaupten. Stück für Stück mussten sie ihre Güter und Rechte veräussern. Obwohl einige H. mehrere Söhne hatten, begründeten erst zwei Söhne von Dietrich II. (1509) eigene Linien: die jüngste Hartmanns III. (-> 9) starb 1671 im Aargau und 1710 in Württemberg im Mannesstamm aus. Von den Söhnen Kaspars I., dem Begründer der zweiten Linie, lebten die wieder kath. Nachkommen Dietrichs III. im Thurgau (Herrschaft Blidegg) und in Schwaben (ausgestorben 1743), die ebenfalls kath. Nachfahren Hugos II. in Österreich und Böhmen (ausgestorben 1779), jene Burkhardts III. (-> 1) im Elsass (ausgestorben 1793) und im Aargau (in einem dt. Zweig noch bestehend). Letztere Linie stammt von Karl Hans Franz Rudolf (1827-99), einem Enkel von Johann Abraham (-> 10), ab.

Im Aargauer Zweig erfolgte ein rascher wirtschaftl. Niedergang - ausser bei Hans Rudolf (-> 5) -, der soweit führte, dass einzelne H. bevormundet wurden und in Konkurs gerieten. Manche von ihnen heirateten sich auch in bäuerl. Kreise ein. Johann Anton (1683-1736, in holländ. Diensten) und Johannes (-> 11) gelang hingegen wieder der soziale Aufstieg (bern. Bürgerrecht, vornehme Heiratskreise, Vermögen). Im 19. Jh. gehörte Karl Franz Rudolf 1808-13 und 1815-31 dem Aargauer Gr. Rat an, sein Neffe Hans (-> 8) auch dem aarg. Regierungsrat.

Bis etwa 1450 hatten die H. ihre Grablege im Kloster Kappel (Gem. Kappel am Albis), nachher in der Kirche Seengen. Das Stammgut und Erbmarschallamt bzw. -lehen, das jeweils dem Stammältesten zufiel, trugen zum Zusammenhalt der Fam. bei. Diesen beschwört das wohl um 1560 entstandene Hausbuch mit der Ringsage. Die Familienbande waren häufig eng, infolge der Verarmung kam es aber auch zu bitteren Zwisten. Die Verbindungen zu Österreich, die Konflikte mit Bern um Gerichtsrechte und im 17. Jh. der wirtschaftl. Niedergang trugen dazu bei, dass den H. der Eintritt in den bernischen Gr. Rat nicht gelang.

Archive

– StABE, FamA

Literatur

- Schweiz. Geschlechterbuch 1, 188-195; 5, 293-296
- A. Bickel, *Die Herren von Hallwil im MA*, 1978 (Teildr. eines vierbändigen Ms. in ZBZ und KBAG)
- H. Jacob-Friesen, «Das Hausbuch der Herren von Hallwil», in *BZGA* 94, 1994, 29-74
- C. Brun, *Gesch. der Herren von H.*, hg. von I. Keller-Frick, 2006

Autorin/Autor: Felix Müller (Brugg)

Stände

Der vielschichtige Begriff sowohl der modernen Wissenschaftssprache als auch der polit.-sozialen und normativ-ethischen Sprache des MA und der frühen Neuzeit bezeichnet mehrere Sachverhalte: Erstens die über Geburt, Arbeit, Berufe oder Ämter definierten Gruppen im Rahmen einer Gesellschaft von ungleich privilegierten S.n (Ständische Gesellschaft); zweitens in staatsrechtl.-polit. Sinn die korporativ organisierten, privilegierten Führungs- und Herrschaftsgruppen mit polit. Repräsentation auf Reichs- oder Landesebene (Ständeversammlung); drittens die Republik im Allgemeinen, den Staat. In diesem Sinne bezeichnet S. seit dem 16. Jh. die Eidgenossenschaft als Ganzes, besonders aber die eidg. Orte, bisweilen auch deren Regierungen bzw. regierenden Familien. Seit Mediation und Restauration werden Kantone und Halbkantone S. genannt. In Ausdrücken wie Ständerat, Ständemehr oder Standesinitiative lebt dieses Verständnis von Stand fort; die Idee des Ständestaats dagegen orientiert sich am Korporativismus.

Autorin/Autor: André Holenstein

URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8539.php>

Ständische Gesellschaft

Nach dem klass. Verständnis ist die S. eine durch Geburt bestimmte Gesellschaftsordnung im vormodernen Europa, die aus den drei hierarchisch abgestuften Ständen des Adels, des Klerus und des Dritten Standes besteht. Die Dreiteilung der Stände wurzelt in der ma., theologisch-juristisch abgeleiteten Vorstellung von den unterschiedl. Funktionen der Stände: Kriegsführung durch den Adel (*bellatores*), Seelsorge durch die Geistlichkeit (*oratores*), Handel, Gewerbe und Landwirtschaft durch den Dritten Stand (*laboratores*). Mit der Zugehörigkeit zum Adel oder zur Geistlichkeit sind rechtl., polit. und finanzielle Privilegien verbunden, die mit den besonderen Aufgaben der ersten zwei Stände legitimiert werden. Die Stände sind voneinander abgegrenzte, ungleiche soziale Gruppierungen (Soziale Ungleichheit), doch ist diese Hierarchie nach vormodernem Verständnis gerecht und prinzipiell harmonisch, da sie die von Gott zum allg. Wohl gegebene Gesellschaftsordnung widerspiegelt.

Im Unterschied zu den soziolog. Begriffen der Klasse (Klassengesellschaft) oder der Kaste bezeichnet der vielschichtige Begriff des Standes keine nach aussen abgeschlossene Gruppierung, die nach innen ein gemeinsames Gruppenbewusstsein vereint. Ebenso wenig ist Stand mit dem soziolog. Begriff der Schicht zu verwechseln.

1 - Neuere sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze

Untersuchungen zur sozialen Wirklichkeit der S. zeigen, dass deren normative und stat. Darstellung zu kurz greift. Auf der Grundlage anthropolog. und soziolog. Modelle lässt sich die S. kulturgeschichtlich als kämpfer. Gesellschaft verstehen: Der soziale Rang von Menschen, die sich alle gegenseitig kennen, wird durch ihren Anteil am ökonom., sozialen und symbol. Kapital der Gesellschaft definiert, um das die Gesellschaftsmitglieder ständig konkurrieren. Geschlechtergeschichtl. Ansätze verweisen darauf, dass geschlechtsspezif. Ehrvorstellungen den sozialen Status wesentlich bestimmten, so etwa Zivilstand und Sexualverhalten bei Frauen; berufl. Redlichkeit, phys. Mut und sexuelle Integrität der Ehefrau oder der Töchter bei Männern. Grundlage dieser S. sind Formen symbol. Kommunikation, in denen in dynam. und asymmetr. Kräfteverhältnissen der sozial angemessene Lebensstil und die Ehre der eigenen Person stets behauptet werden müssen.

Das Konzept der neuständ. Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Gebildeten zwischen 1750 und 1840 zu einer neuen Elite entwickelt hätten und dadurch eine Gesellschaftsordnung entstanden sei. Diese sei einerseits von der altständ. Ordnung zu unterscheiden, dürfe aber nicht mit der industriellen Klassengesellschaft gleichgesetzt werden.

2 - Soziale Wirklichkeit

Die Idee von der S. als Gesellschaft der drei Stände war auch in der alten Eidgenossenschaft verbreitet, wie etwa die Grüninger Chronik des Pfarrers Caspar Schwerter von 1610 zeigt. Doch bereits ein Blick in die normativen Quellen belegt, dass die soziale Wirklichkeit dieser Idee nicht entsprach. Kleiderordnungen z.B. sahen eine Differenzierung vor, die über eine Dreiteilung der Gesellschaft weit hinausging.

Die für die alte Eidgenossenschaft spezifische soziale Stratifikation lässt sich angesichts des vorrangig rechtl. Verständnisses der Stände in der empir. Forschung sowie angesichts der lokalen und regionalen Unterschiede nur unbefriedigend kennzeichnen: Die Eidgenossenschaft stellte eine Allianz von Bauern- und Bürgerstaaten dar, so dass hier die klass. Ständetrias mit Ausnahme der Ständerversammlung der Waadt, des Fürstbistums Basel und des Fürstentums Neuenburg anders als in den Nachbarstaaten verfassungsrechtlich nicht existierte. Charakteristisch war vielmehr die Ausbildung polit. und sozialer Hierarchien über den zunehmend restriktiven Zugang zu

korporativen (Korporationen, Genossenschaft) und kollektiven Ressourcen (Pensionen). Dank Geburt z.B. Allmendrechte zu besitzen, in Geldgeschäfte eingebunden zu sein oder zünftiger Handwerksmeister (Meister) zu werden, bedeutete über materielles, soziales und symbol. Kapital zu verfügen, das die soziale Position prägte.

Für die Sozialstratifikation der Eidgenossenschaft war der jeweilige, meistens durch Geburt begründete rechtl. Status grundlegend. Differenziert wurde zwischen dem Bürgertum in der Stadt und den übrigen städt. Einwohnern, die wie etwa in Genf oder Bern unterschiedl. Rechte besaßen (Ewige Einwohner, Hintersassen, Habitants, Natifs), sowie den Untertanen auf der Landschaft, wo die Dorfgenossen und Landsassen bessere Rechte hatten als die Hintersassen und Beisassen. Statusbegründend waren ferner die gegenseitige Abgrenzung durch Bildung und Konsumverhalten. Im Verhältnis der sozialen Gruppierungen zueinander führte dies zu gesellschaftl. Ansprüchen, die einerseits rechtl.-ständ. Strukturen, andererseits kulturell-ständ. Dynamiken geschuldet waren.

Der Adel hatte seine gesellschaftl. Rolle im MA eingebüsst und war im städt. Patriziat aufgegangen oder aus der Eidgenossenschaft verdrängt worden. An seine Stelle traten je nach polit. Struktur der Orte lokale, sich auf einige Fam. konzentrierende Eliten (z.B. Zünfte), die sich in der frühen Neuzeit zu Oligarchien mit aristokratisiertem Lebensstil entwickelten und keine Neubürger in ihre Reihen mehr aufnahmen (Aristokratisierung).

Wie am Beispiel des bikonfessionellen Graubünden nachgewiesen, veränderte sich die Stellung der kath. und ref. Geistlichen im Ancien Régime stark. Waren im 16. Jh. Geistliche meist Bauern, die ihr Amt im Nebenberuf verrichteten, wandelte sich das kath. Priester- bzw. das ref. Pfarramt im Zug der Konfessionalisierung zu einem eigenen Berufsstand, der für Pfarrer das Einheiraten in höhere Gesellschaftsschichten ermöglichte. Im Lauf des 18. Jh. professionalisierte sich die Geistlichkeit weiter und galt immer mehr als moral., gebildete und von der allg. Bevölkerung abzugrenzende Elite.

Für den Dritten Stand war eine enorme soziale Heterogenität kennzeichnend. Wie etwa in Bern beschränkte sich der Kreis der Regimentsfähigen aufgrund ihrer sozialen Netze und Vermögensverhältnisse faktisch auf die städt. Eliten, obwohl Handwerker, Unternehmer und Beamte ihnen rechtlich nicht prinzipiell nachgeordnet waren. Ferner grenzten sich die städt. Gruppierungen in Lebensstil, Bildung und Vorrangansprüchen untereinander und insbesondere gegenüber der wiederum in sich differenzierten Landbevölkerung ab.

Die Bauernschaft (Bauern) zeichnete sich durch eine ausgeprägte soziale Binnendifferenzierung aus. Wesentlich war die Trennung zwischen den Bauern, die (mehr als) genügend Land zur Sicherung ihrer Existenz besaßen, und den Tauern, die hierfür über zu wenig oder kein Land verfügten und daher auf den Zusatzverdienst etwa als Tagelöhner angewiesen waren.

Der Status der Armen (Armut, Fürsorge) wandelte sich vom ausgehenden MA an und mit der Reformation. Nunmehr wurde zwischen "ehrenhaften" und "unwürdigen", pejorativ als "Müssiggänger" bezeichneten, Armen unterschieden. Nicht ortsansässige Bettler (Fremde) und Fahrende hatten keinen Platz in der Gesellschaft und wurden ausgewiesen.

Die Stellung der Frauen war zwar durch deren rechtl. Situation formal definiert, doch beruhte die soziale Zuordnung einer Frau wesentlich auf ihrer geschlechtsspezif. Ehre, ihrem Einkommen etwa als respektierte Person in Handel und Gewerbe oder auf ihrer Zunftzugehörigkeit, wie sie in der Stadt Zürich reguliert war (Geschlechterrollen).

Am 12.4.1798 wurden die unterschiedlichen rechtl. Standeskategorien durch die Verfassung der Helvet. Republik aufgehoben und alle Bewohner (mit nachträgl. Ausnahme der Juden) unter

Ausschluss des Aktivbürgerrechts für Frauen juristisch zu gleichberechtigten Schweizer Bürgern deklariert. Der Zunftzwang für Handwerker wurde durch die Proklamation der Gewerbefreiheit am 10.10.1798 beseitigt. Die Restauration machte die jurist. Aufhebung der zivilrechtl. Ungleichheiten von 1798 teilweise wieder rückgängig. Der Art. 4 der BV 1848 garantierte schliesslich die Rechtsgleichheit aller Schweizer und schloss Vorrechte aufgrund des Orts, der Geburt, der Fam. oder der Person explizit aus.

Die jurist. Veränderungen verhinderten die traditionell orientierten Abgrenzungsstrategien der sozialen Eliten nicht. Doch wurden diese Differenzierungsprozesse im 19. Jh. von frühliberalen Gruppierungen in Frage gestellt, die damit an die im späten 18. Jh. aufgekommenen, am Leistungs- und Bildungsprinzip orientierten Leitvorstellungen und an die Grundsatzkritik der Helvetik an geburtsständ. Vorrechten anknüpften.

Quellen und Literatur

- A.-L. Head-König, L. Mottu-Weber, *Femmes et discriminations en Suisse*, 1999
- M. de Tribolet, «Société d'ordres et égalité républicaine», in *Conservatisme, réformisme et contestation*, 1999, 79-85
- U. Pfister, «Pastors and Priests in the early modern Grisons», in *Central European History* 33, 2000, 41-65
- S. Burghartz, «Umordnung statt Unordnung?», in *Zwischen den Disziplinen?*, hg. von H. Puff, C. Wild, 2003, 165-185
- M. Brühlmeier, B. Frei, *Das Zürcher Zunftwesen*, 2 Bde., 2005
- *Berns goldene Zeit*, hg. von A. Holenstein, 2008
- D. Schläppi, «Differenzmaschinen», in *Die Produktion von Ungleichheiten*, hg. von T. David et al., 2010, 23-33
- *Soziale Ungleichheit und S.*, hg. von M. Füssel, T. Weller, 2011

Autorin/Autor: Francisca Loetz

URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9928.php>

Soziale Ungleichheit

S. ist ein zentraler Begriff der sozialwissenschaftl. Analyse und meint die ungleich verteilten Lebenschancen und -risiken von Individuen und Gruppen in versch. Positionen des gesellschaftl. Beziehungsgefüges. Der Begriff ist deshalb zentral, weil die Analyse von Ungleichheit an ein gesellschaftstheoret. Strukturmodell gebunden ist, das die versch. Dimensionen und Kategorien von Ungleichheit definiert. Im Grunde lässt sich Sozialer Wandel als Abfolge von unterschiedl. Gefügen von S. beschreiben: Ständische Gesellschaft, Klassengesellschaft, Schichtgesellschaft (re)produzieren in historisch spezif. Weise S. Die "klass." Ungleichheitsforschung ermittelt die ungleiche Verteilung von knappen Ressourcen wie Einkommen, Bildung, Macht und Prestige und die darauf beruhende Formierung von Statusgruppen. Solche Statusgruppen werden dann zu einer gesellschaftl. Hierarchie gefügt: der Sozialstruktur. Über die Zugangsbedingungen zu diesen gesellschaftl. Statusgruppen und die Verschiebung zwischen ihnen gibt die Erforschung der

Sozialen Mobilität Auskunft. Die Interaktion und Kommunikation innerhalb dieser Gruppen wie auch zwischen ihnen geben Einblick in das gesellschaftl. Selbstverständnis und die versch. Gruppenmentalitäten. Die Neuorientierung der Ungleichheitsforschung von einer rein strukturellen Erfassung zu einer kulturellen Bestimmung der Bedeutung von unterschiedl. Lebenschancen und -risiken hat die Forschung seit Mitte der 1970er Jahre massgeblich beeinflusst. Daraus hat sich bisher jedoch kein neues Paradigma entwickelt. Stattdessen ist das Feld stark parzelliert und insofern repräsentativ für die "neue Unübersichtlichkeit" in den Sozialwissenschaften. Aussichtsreich ist die Verbindung von kulturellen Lebensstilen und strukturellen Lebenschancen zu einem Konzept unterschiedl. "Lebensführung" (Max Weber). Dieses Konzept der S. müsste die soziokulturelle Identität von Gruppen in Beziehung zu deren polit. Durchsetzungsfähigkeit und ökonom. Potenz setzen.

Die Verwendung von Konzepten der S. in der Geschichtswissenschaft muss zwei Klippen umschiffen: Erstens erklärt die ungleiche Verteilung von Ressourcen - wie sie etwa für ma. Städte anhand von Vermögenssteuerlisten beschrieben worden ist - für sich allein noch sehr wenig. Entscheidend sind jene Ungleichheiten, die gesellschaftlich mit Bedeutung belegt, also gedeutet werden. Die hist. Forschung muss sich bei der Erfassung der S. immer mit der Selbstbeschreibung der Gesellschaft und mit sozial typisierten Gruppen befassen, wenn sie nicht einem sterilen Strukturalismus verfallen will. Zweitens droht der hist. Ungleichheitsforschung die Gefahr einer "rückwirkenden Deutung", die der S. ex post unterlegt wird. Dieses Verfahren postuliert in der Regel eine Leitdifferenz der S. (die Klasse, das Geschlecht, die Nation usw.) und erklärt damit geschichtl. Wandel, unbeschrieben der realhist. Bedeutung der entsprechenden Kategorie. Hist. Konflikte werden dann als Abfolge von Klassen-, Geschlechter- und Völkerkämpfen interpretiert. Dabei wird übersehen, dass S. an sich keineswegs konfliktiv sein muss (Soziale Konflikte). Sie ist zunächst ganz einfach Ausdruck gesellschaftl. Differenzierung und Spezialisierung. Wann und wo Ungleichheiten zum Konflikt führen, kann aus der Ungleichheit selbst nicht erklärt werden, sondern muss sorgfältig aus der Selbst- und Fremdwahrnehmung sozialer Gruppen rekonstruiert werden.

Die schweiz. Historiografie hat sich in versch. Bereichen mit S. auseinandergesetzt: in der Geschichte städt. und ländl. Bevölkerung in MA und Frühneuzeit (Stratifikation, Sozialtopografie, Demografie), in der Arbeitergeschichte, in der Bürgerforschung, in der Frauen- und Geschlechtergeschichte und in der Migrations- und Minderheitengeschichte. Der theoret. und empir. Anspruch und Gehalt sind dabei sehr unterschiedlich, ein kontinuierl. Forschungsdiskurs besteht nur in Ansätzen.

Literatur

- A. Perrenoud, «Die S. vor dem Tod in Genf im 17. Jh.», in *Biologie des Menschen in der Gesch.*, hg. von A.E. Imhof, 1978, 118-146
- P. Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, 1982, (franz. 1979)
- H. Zwicky, *Die Wahrnehmung S.*, 1987
- C. McAll, *Class, Ethnicity and Social Inequality*, 1990
- H.-J. Gilomen, «Sozial- und Wirtschaftsgesch. der Schweiz im SpätMA», in *Geschichtsforsch. in der Schweiz*, 1992, 41-66
- H.-P. Müller, *Sozialstruktur und Lebensstile*, 1992
- L. Mysyrowicz, «Bilan provisoire d'une recherche sur les inégalités sociales en Suisse à la fin du XIX^e siècle», in *Yesterday*, hg. von H.J. Marker, K. Pagh, 1994, 221-224
- *S. und soziale Gerechtigkeit*, hg. von H.-P. Müller, B. Wegener, 1995
- R. Kreckel, *Polit. Soziologie der S.*, 1997
- R. Levy et al., *Tous égaux?*, 1997 (dt. Kurzfassung 1998)
- K. Gottschall, *S. und Geschlecht*, 2000

Autorin/Autor: Andreas Ernst

URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8538.php>

Soziale Mobilität

Unter S. versteht man den Positionswechsel von Personen oder Gruppen im Rahmen hierarchisch definierter Einheiten eines Gesellschaftssystems wie Stände, Schichten oder Klassen. Handelt es sich dabei um einen sozialen Auf- oder Abstieg, wird auch von vertikaler Mobilität gesprochen.

1 - Mittelalter und frühe Neuzeit

S. in der Ständischen Gesellschaft des MA und der frühen Neuzeit manifestierte sich in zwei Formen: als Aufstieg in die Führungs- bzw. Bildungseliten (Eliten) oder als Abstieg durch Verschuldung, Verarmung, Krankheit oder Funktionsverlust; als Beispiel für Letzteres steht das Rittertum. Aus dem Abstieg ergab sich ein Statusverlust, wenn die Betroffenen nicht mehr nach den spezif. Anforderungen ihres Standes leben konnten. Auf solche Bedürftige, die mit ihrem Hab und Gut auch ihren vormals hohen Sozialstatus eingebüsst hatten, nahm schon der hochma. Diskurs über die Armut Rücksicht. Sie sollten eine Behandlung erfahren, die ihrem verlorenen Status und ihrer Ehre entsprach, und nicht den übrigen Armen gleichgesetzt werden.

Die gängigsten Mittel zum sozialen Aufstieg bildeten der Erwerb von Reichtum oder Bildung, der Weg über Einheirat (*connubium*) in patriz. oder adelige Fam., die Aktivierung familialer und klientelartiger Beziehungsnetze (Klientelismus) oder die Migration in die Städte; deren Bürgerschaft schloss sich jedoch in der frühen Neuzeit zunehmend gegen Neuankömmlinge ab.

Wie die städt. Ratslisten des 13. und 14. Jh. belegen, erlangten v.a. Kaufleute früh den Zutritt zum Patriziat. Ihre führende Rolle in den spätm. Bürgerkämpfen hatte den wirtschaftlich erstarkten, bis dahin aber politisch ausgeschlossenen Kaufleuten und Zünftigen den Zugang zum Rat und damit einen entscheidenden Einfluss auf die städt. Politik verschafft (Zünfte).

Der Solddienst galt von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 18. Jh. als einfachster Weg zu Reichtum und sozialem Aufstieg (Fremde Dienste). Landleute, Städter, Gesellen und auch Randständige aus deutsch- und französischsprachigen Gebieten liessen sich mit oder ohne Einverständnis ihrer Obrigkeit für zahlreiche Kriege anwerben (Reisläufer). Angehörige von Patrizierfamilien und Notabelngeschlechtern traten als Offiziere in den Dienst auswärtiger Herren oder betätigten sich selbst als Soldunternehmer in der Hoffnung, Reichtümer zu erwerben und ihre soziale Stellung zu verbessern. Doch verbanden sich mit dem Solddienst Gefahren: Viele verarmte Söldner liessen sich nicht mehr in die Gesellschaft integrieren und zogen als z.T. verkrüppelte Bettler durchs Land. Wirtschaftl. Ruin, persönl. Versagen, aber auch eine durch neue Allianzen veränderte polit. Lage bildeten die Risiken für die Offiziere und Soldunternehmer.

Bildung als Kapital eröffnete kirchl. Karrieren. Dies galt auch für unehelich geborene Söhne, sofern sie eine päpstl. Dispens erhalten konnten. Denn sie waren rechtlich schlechter gestellt und litten unter einem sozialen Makel. Weitere Laufbahnen eröffneten sich durch den Eintritt in eine städt. oder fürstl. Verwaltung mit ihren versch. Ämtern oder durch eine längerfristige Anstellung als Hauslehrer in einem patriz. oder adligen Haushalt.

Autorin/Autor: Katharina Simon-Muscheid

2 - 19. und 20. Jahrhundert

Mit dem Untergang der Alten Eidgenossenschaft 1798 fielen die ständ. Schranken. Die Bundesverfassung von 1848 schuf dann mit der Niederlassungsfreiheit für christl. Schweizer die zentrale Voraussetzung für den wirtschaftl. Aufstieg breiterer Schichten. Massnahmen gegen die Heimatlosigkeit, die Gleichstellung der Juden und die Einführung der Gewerbefreiheit 1874 begünstigten diese Entwicklung. Bis zum 1. Weltkrieg kam der beschleunigte wirtschaftl. Wandel dazu. Die rasche Industrialisierung nach 1860 schuf neue Erwerbsmöglichkeiten, hauptsächlich in städt. Ballungszentren, und zog Arbeitsuchende aus dem ländl. Raum an (Binnenwanderung). Die Zahl der Lohnempfänger stieg stark an. Hingegen verringerte sich die Gesamtzahl der bäuerl. Betriebe, v.a. der kleineren, fortlaufend (Bauern). Diese Entwicklung setzte sich zu Beginn des 20. Jh. fort und beschleunigte sich nach dem 2. Weltkrieg. Meist folgte auf die geogr. Mobilität eine berufl. Neuausrichtung. Neben der Arbeiterschaft (Arbeiter) bildete sich gegen Ende des 19. Jh. mit den Angestellten eine neue Schicht von Arbeitnehmern heraus. Die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten schufen auch neue Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, insbesondere im Büro und Verkauf, was allerdings auf den Widerstand der Männer stiess.

Wirtschaftlich profitierte v.a. die politisch bestimmende Schicht des Bürgertums. Ihr stand aber eine wachsende Zahl von Mittellosen gegenüber. Auf dem Land erreichte die armutsbedingte Auswanderung nach Übersee in den 1880er Jahren einen Höhepunkt. In den 1890er Jahren folgte die Massenarmut in den Städten. Zugleich setzte eine internat. Arbeitsmigration ein, die teilweise zu sozialen Konflikten führte (z.B. Italienerkrawall 1896). Die sozialen Unruhen im Zuge des beschleunigten Wandels reflektierten auch die Erfahrungen einer erhöhten S.

Die Jahre zwischen 1918 und 1945 zeichneten sich durch ausgeprägte Klassengegensätze aus, die eine niedrige S. zur Folge hatten. Der Landesstreik und Rückschritte in der Sozialpolitik nach 1918 verhärteten die Fronten ebenso wie die Weltwirtschaftskrise und die folgende Massenarbeitslosigkeit den sozialen Aufstieg stark behinderten (Arbeitslosigkeit). Erst die Integration der verschiedenen polit. Kräfte in einen nationalen Konsens vor dem Hintergrund der nationalsozialist. und faschist. Bedrohung half ab 1937, die sozialen Schranken aufzuweichen.

Nach dem 2. Weltkrieg folgte eine lange Wachstumsphase, welche die S. beschleunigte. Wohlstand und soziale Sicherheit nahmen für fast alle Bevölkerungsteile zu. Trotz staatl. Unterstützung vergrösserte sich auf dem Land die wirtschaftl. Kluft zwischen Berg- und Talbauern. Die besseren Erwerbsmöglichkeiten in den Ballungsräumen drängten viele Bauern zur Aufgabe. Die Löhne stiegen kontinuierlich an, so dass ab den 1950er Jahren mehr Menschen von Konsum- und Freizeitangeboten profitierten. Ältere Menschen wurden mit der Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung 1947 finanziell unabhängiger. Allerdings akzentuierte die wirtschaftl. Prosperität vorerst die vorherrschenden Geschlechterrollen: Erst 1971 erfolgte auf Bundesebene die polit. Gleichberechtigung der Frauen. Seit 1996 verfügt die Schweiz über ein Gleichstellungsgesetz, doch war die berufl. Gleichstellung von Mann und Frau zu Beginn des 21. Jh. noch nicht erreicht. Schweiz. Arbeitnehmer profitierten nach 1945 auch von ausländ. Arbeitsmigranten, die berufl. Positionen ohne Qualifikationsanforderungen besetzten und Einheimischen den Aufstieg zu Facharbeiter- und Angestelltenberufen erleichterten.

Neue Felder des gesellschaftl. Aufstiegs öffneten sich im letzten Drittel des 20. Jh. im Sport sowie im Kultur- und Medienbereich. Die Bildungschancen wurden demokratischer, so dass mehr Jugendliche aus nichtakadem. Haushalten Zugang zur tertiären Bildungsstufe erhielten. Als nachteilig erwies sich das Fehlen einer schweiz. Ausländerpolitik. Erst seit den 1990er Jahren wird verstärkt versucht, die gesellschaftl. Integration von Ausländern zu verbessern und so auch deren Aufstiegschancen zu erhöhen. Die Rezession 1992-93 führte erstmals zu einem beachtl. Stellenabbau im Dienstleistungssektor, was in weiten Kreisen von Lohnabhängigen die Angst vor einem gesellschaftl. Abstieg und Neuer Armut aufkommen liess.

Autorin/Autor: Patrick Kury

Quellen und Literatur

Literatur

- M. König et al., *Warten und Aufrücken*, 1985
- *Ständ. Gesellschaft und S.*, hg. von W. Schulze, 1988
- *Illegitimität im MA*, hg. von L. Schmugge, 1994
- *HistStat*
- *Gente ferocissima*, hg. von N. Furrer et al., 1997
- R. Levy et al., *Tous égaux?*, 1997
- *Migration in die Städte*, hg. von H.-J. Gilomen et al., 2000
- *SZG 52*, 2002, Nr. 4 (Themenh. Geschlechterverhältnisse im 18. Jh.)
- *Sozialer Aufstieg*, hg. von G. Schulz, 2002

URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D15995.php>